

Zeitschrift: Energieia : Newsletter des Bundesamtes für Energie
Herausgeber: Bundesamt für Energie
Band: - (2009)
Heft: 1

Artikel: Entsorgungsfrage steht wieder im Raum
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-638699>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 13.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Entsorgungsfrage steht wieder im Raum

Die Frage der Entsorgung radioaktiver Abfälle ist in der Schweiz neu lanciert. Auslöser sind die von der Nagra vorgeschlagenen Standortgebiete, wo aus geologischer Sicht ein Tiefenlager möglich wäre. In den betroffenen Kantonen stossen die Vorschläge in ersten Reaktionen auf eine Welle der Ablehnung – zu hören sind aber auch differenzierte Zwischentöne.

Sogar im atomfreundlichen Aargau stossen die Vorschläge für mögliche Standortregionen auf Skepsis. Drei der schweizweit sechs möglichen Gebiete betreffen Teile des Kantons (s. Kasten Bericht S. 5). In einer Medienmitteilung hält die Aargauer Regierung denn auch fest: «Es kann nicht sein, dass alle Pflichten im Bereich der Kernenergie beim Kanton Aargau liegen.» Und weiter: «Der Regierungsrat wird sich in jedem Fall dafür einsetzen, dass in die Auswahl nicht in versteckter Form die Überlegungen einer vermuteten erhöhten Akzeptanz oder andere «weiche» Kriterien einfließen. Die Sicherheit ist unteilbar und muss das wichtigste Kriterium sein.» Dies betont auch der Kanton Solothurn: Raumplanerische und sozioökonomische Kriterien, aber auch politische Argumente hätten im Auswahlverfahren in den Hintergrund zu treten, heisst es in einer Mitteilung.

Gute Noten für Kommunikation

Aus Sicht der Kommunikation sei der Prozess sehr gut angelaufen, sagt Susanne Steffen,

stellvertretende Kommunikationschefin im Departement Bau, Verkehr und Umwelt des Kantons Aargau. Der Wille zur Koordination sei gross, das habe sich bereits bei der Vorbereitung auf die öffentliche Bekanntgabe der Vorschläge gezeigt. «Das Bundesamt für Energie (BFE) ist als federführende Behörde

den mit dem bisherigen Auswahlverfahren. Der Kanton Schaffhausen unterstreicht, dass sich der Regierungsrat dem mehrjährigen Evaluationsprozess zwar nicht verschliessen wolle, jedoch gesetzlich zum Widerstand gegen einen möglichen Standort eines Tiefenlagers im Kanton verpflichtet sei.

«ES IST KLAR, DASS IN DER JETZIGEN PHASE KEIN KANTON DEN POLITISCHEN WINKELRIED SPIELEN WILL UND EINFACH JA ZU EINEM TIEFENLAGER AUF SEINEM GEBIET SAGT.»

MICHAEL AEBERSOLD, LEITER SEKTION RADIOAKTIVE ABFÄLLE IM BUNDESAMT FÜR ENERGIE.

auf unsere wichtigsten Anliegen eingegangen», sagt Steffen. Das BFE hatte die betroffenen Kantone vor der breiten Öffentlichkeit informiert. Auch der Kanton Zürich zeigt sich diesbezüglich zufrieden. «Die Treffen im Vorfeld waren für uns sehr wichtig. So konnten wir den Zeitplan für die Kommunikation gemeinsam entwickeln, was für den weiteren Prozess bedeutend ist», sagt Dominik Bonderer, Kommunikationschef der Baudirektion. Im Kanton Zürich liegen zwei der vorgeschlagenen Standortgebiete, eines im Zürcher Unterland und eines im Weinland.

Auswahlverfahren: Lob und Unmut

Der Zürcher Regierungsrat lehnt indes geologische Tiefenlager auf Kantonsgebiet ab, weil der Kanton bereits grosse, auch im gesamtschweizerischen Interesse liegende Sonder- und Zentrumslasten wie beispielsweise den Flughafen trage. In einer Mitteilung hält der Zürcher Regierungsrat gleichzeitig fest, dass er das Sachplanverfahren des BFE als geeignetes Instrument für die Standortwahl anerkenne. Auch der Kanton Thurgau zeigte sich zufriede-

Auf Unverständnis und Unmut stösst der von der Nagra vorgeschlagene Wellenberg in Ob- und Nidwalden. Die Nidwaldner Bevölkerung sagte in zwei Urnengängen 1995 und 2002 Nein zu einem Lager und zu einem Sondierstollen. Aus rein geologischer Sicht musste die Nagra jedoch den Wellenberg erneut als Vorschlag einbringen.

BFE zuversichtlich

«Die ablehnenden Reaktionen der betroffenen Kantone haben uns nicht überrascht», sagt Michael Aebersold, Leiter der Sektion Entsorgung radioaktiver Abfälle im BFE. «Es ist klar, dass in der jetzigen Phase kein Kanton den politischen Winkelried spielen will und einfach Ja zu einem Tiefenlager auf seinem Gebiet sagt.» Es sei jedoch gelungen, eine gute Vertrauensbasis zu bilden und den Auswahlprozess in enger Zusammenarbeit mit den betroffenen Kantonen zu lancieren. «Am Schluss brauchen wir ein oder zwei Standorte, um ein Lager bauen zu können», betont Aebersold.

(klm)

INTERNET

Infos zur Entsorgung radioaktiver Abfälle im BFE:
www.radioaktiveabfaelle.ch

Eidgenössisches Nuklearsicherheitsinspektorat (ENSI):

www.ensi.ch

Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle (Nagra):

www.nagra.ch